

Congress Report



Entscheidungen und
Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten
von Amerika

Jahrgang 19 (2004), Heft 10

**abgeschlossen am
29. Oktober 2004**

	<u>Seite</u>
1. Congress verabschiedet Reform der Unternehmensbesteuerung	1
2. Reform des Nachrichtendienstwesens im Vermittlungsausschuss	2
3. Verfassungsverbot gleichgeschlechtlicher Ehen scheitert im Repräsentantenhaus	4
4. Haushalt 2005 für <i>Homeland Security</i> bewilligt	5
5. Congress vertagt Erhöhung der Schuldengrenze	6
6. Haushaltsbewilligungsprozess 2005 noch nicht abgeschlossen	7
7. Ethik-Ausschuss rügt <i>Majority Leader</i> Tom DeLay erneut	7
8. Senator Levin legt Untersuchungsbericht zur Debatte um die Begründung des Irak-Krieges vor	8
9. Präsidentschaftswahlen 2004: Harter Schlagabtausch im Wahlkampf-Endspurt	9

10/2004

1. Congress verabschiedet Reform der Unternehmensbesteuerung

Repräsentantenhaus und Senat haben sich Anfang Oktober 2004 auf eine Reform der Unternehmensbesteuerung geeinigt und gleichlautende Gesetzentwürfe verabschiedet, die Entlastungen von mehr als 140 Mrd. USD vorsehen.

Im Senat wurde die Reform mit 69:17 Stimmen beschlossen. Das Repräsentantenhaus hatte die Vorlage zuvor mit 280 zu 141 Stimmen angenommen. Präsident Bush hat das Gesetz am 22. Oktober 2004 unter Verzicht auf den sonst üblichen zeremoniellen Rahmen unterzeichnet.

Ursprünglich war die Reform der Unternehmensbesteuerung auf Forderungen der Welthandelsorganisation WTO ausgerichtet, die eine vertragswidrige Begünstigung von US-Unternehmen festgestellt und entsprechende Strafzölle gegen US-Produkte erlaubt hatte. Die den Wettbewerb verzerrenden Steuervergünstigungen für US-Exporte beliefen sich auf schätzungsweise 5 Mrd. USD jährlich.

Im Zuge der Verhandlungen um eine Kompensation der Wirtschaft für die entfallenden Vergünstigungen sahen sich die Verhandlungsführer im Congress jedoch genötigt, neue Steuererleichterungen für eine breite Palette von Branchen anzubieten, um eine Mehrheit für die Reform der Unternehmensbesteuerung zu sichern.

Die Kernbestimmung des Reformgesetzes sieht vor,

- den Steuersatz für Unternehmensgewinne von derzeit 35 auf 32 Prozent abzusenken. Dadurch sollen US-Unternehmen über einen Zeitraum von 10 Jahren um etwa 76 Mrd. USD entlastet werden.

Zudem soll Unternehmen eine Zehnjahresfrist eingeräumt werden, um Gewinne aus ausländischen Geschäftsaktivitäten zu einem ermäßigten Steuersatz von 5,25 Prozent in die USA zurückführen zu können.

Unter den zahlreichen weiteren Subventionen ist vor allem auf eine Bestimmung hinzuweisen, die 10 Mrd. USD für Farmer bereitstellt, die den Anbau von Tabak einstellen.

Der Intention nach soll das Gesetz durch die Streichung von Steuer-Schlupflöchern und durch die Erhöhung von Abgaben defizitneutral gehalten werden. Dennoch bezeichneten Kritiker das Gesetz als gigantisches Geschenkpaket an die US-Wirtschaft noch vor den Präsidentschaftswahlen 2004.

Die Befürworter der Reform hielten dem entgegen, dass die Stärkung der US-Wirtschaft im Vordergrund steht. Da Sonderbestimmungen kritisiert würden, so der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Charles E. Grassley (R-Iowa), richteten sich die Vorwürfe an nahezu alle Mitglieder des Congress.

2. Reform des Nachrichtendienstwesens im Vermittlungsausschuss

Mit Rekordtempo haben Senat und Repräsentantenhaus ein Gesetz zur Reorganisation und Straffung des Nachrichtendienstwesens in den USA verabschiedet, so wie es von der überparteilichen Kommission zur Untersuchung der Terrorangriffe des 11. September 2001 empfohlen worden war (vgl. CR 7-8/2004, S. 1; CR 9/2004, S. 3). Der Senat traf eine entsprechende Entscheidung am 6. Oktober 2004 mit der überwältigenden Mehrheit von 96:2 Stimmen (S 2845; *Senate Report* 108-359). Das Repräsentantenhaus zog zwei Tage später nach und verabschiedete mit 238:134 Stimmen ein Reformgesetz (*House Resolution* 2845; *House Report* 108-724).

Allerdings kann die Zügigkeit der Entscheidungsfindung nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Positionen beider Kammern in wesentlichen Punkten weit voneinander entfernt sind, so dass schwierige Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zu erwarten sind.

Der Senat hat 13 seiner Mitglieder für die Arbeit im Vermittlungsausschuss benannt, darunter Susan Collins (R-Maine) und Joseph Lieberman (D-Conn.), die mit der Ausarbeitung eines Reformvorschlages beauftragt waren. Die Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses John Warner (R-Va.) und des Bewilligungsausschusses Ted Stevens (R-Alaska) gehören dem Verhandlungsteam des Senats im Vermittlungsausschuss überraschenderweise nicht an.

Beide hatten sich im Vorfeld dagegen ausgesprochen, dem *National Intelligence Director* (NID) die Kontrolle über alle 15 mit der Nachrichtensammlung und Auswertung befassten Dienste zu übertragen. Warner und Stevens begründeten dies damit, dass militärische Spionageorganisationen wie die *Defense Intelligence Agency* (DIA), die *National Security Agency* (NSA), das *National Reconnaissance Office* (NRO) und die *National Geospatial-Intelligence Agency* (NGA) unter der Oberaufsicht des Pentagon verbleiben sollten.

Das Repräsentantenhaus hat acht seiner Mitglieder in den Vermittlungsausschuss entsandt, darunter fünf Republikaner unter der Führung von Speaker J. Dennis Hastert (R-Ill.) und Duncan Hunter (R-Cal.), dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, die eine zu große Stärkung der neu zu schaffenden Position des NID kategorisch ablehnen. Begründet wird dies damit, dass die haushaltsrechtliche Kontrolle über taktische Gefechtsfeldinformationen unter der Oberaufsicht des Pentagon verbleiben müsse, um die Einsatzbereitschaft der US-amerikanischen Streitkräfte nicht in Mitleidenschaft zu ziehen. Dahinter steht allerdings auch der massive Widerstand des Pentagon gegen eine Reform des Geheimdienstwesens, die den zivilen Einfluss auf die „military agencies“ vergrößern würde. Gegenwärtig werden etwa 80 Prozent der Ausgaben und Funktionen des Geheimdienstbudgets mit einem geschätzten Umfang von ca. 40 Mrd. USD vom Verteidigungsministerium kontrolliert.

Während der Stabschef des Weißen Haus, Andrew Card, die Verhandlungsführer dazu aufforderte, den Entscheidungsprozess über das Reformgesetz schnellstmöglich voran-

zutreiben und abzuschließen, stehen die Chancen für ein Endergebnis noch in dieser Legislaturperiode angesichts der Meinungsunterschiede zwischen beiden Kammern allerdings eher schlecht.

Zwar soll die neu zu schaffende Position des *National Intelligence Director* in beiden Gesetzentwürfen mit größerer Autorität als die des Direktor der *Central Intelligence Agency* (CIA) ausgestattet werden, um eine effektivere Koordination und Kontrolle der Spionageaktivitäten der USA zu ermöglichen. Allerdings klaffen die Vorstellungen beider Kammern darüber hinaus erheblich auseinander.

Die Gesetzesvorlage des Senats sieht vor, eine eigenständige Titelgruppe für die Arbeit des NID unter dem Dach des Finanzministeriums einzurichten und ihm die Verantwortung für die Zuweisung von Mitteln an die einzelnen zivilen und militärischen Dienste zu übertragen. In der Vorlage des Repräsentantenhauses ist lediglich von einer allgemeinen „Management- und Überwachungsfunktion“ die Rede. Hinzu kommt, dass der NID nach den Vorstellungen des Senats die Befugnis erhalten soll, die gesamten Mittel für das Aufklärungswesen zwischen den einzelnen Diensten hin und her bewegen zu können, während ihm das Repräsentantenhaus diese Befugnis nur bis zu einer Mittelobergrenze von 100 Mio. USD einräumen will.

Differenzen zwischen beiden Kammern bestehen auch mit Blick auf die persönlichen Befugnisse des NID. Geht es nach den Vorstellungen des Senats, dann soll der NID Mitarbeiter und deren Aufgabengebiete auch innerhalb der einzelnen Dienste verschieben können, wiewohl eine Zustimmung der Chefs von NSA, NIA, NRO und NGA erforderlich wäre. Das Repräsentantenhaus räumt dem NID keine Befugnisse über Mitarbeiter militärischer Nachrichtendienste ein.

Fundamentale Unterschiede gibt es auch mit Blick auf die Ernennung des NID. Geht es nach den Vorstellungen des Repräsentantenhauses, dann nimmt der Präsident die Ernennung vor, die automatisch gültig wird, wenn der Senat nicht innerhalb von 30 Tagen ein Veto einlegt. In der Senatsvorlage ist von einem normalen, zeitlich nicht befristeten Bestätigungsprozess die Rede. Auch soll der jetzige CIA-Direktor Goss (vgl. CR 9/2004, S. 2) im Gegensatz zu den Überlegungen des Repräsentantenhauses nicht automatisch auf die Position des NID rücken.

Meinungsverschiedenheiten existieren auch im Zusammenhang mit der Einhaltung von Freiheitsrechten. Der Senat möchte im Zuge der Reorganisation des Nachrichtendienstwesens einen *Privacy and Civil Liberties Oversight Board* schaffen, der das Recht zur Untersuchung von Verstößen gegen die Freiheitsrechte durch die Geheimdienste haben soll. Im Repräsentantenhaus wurde die Einrichtung eines solchen *Board* auf Drängen des *Rules Committee* gestrichen.

Die Verhandlungsführer der Republikaner im Vermittlungsausschuss begründen ihre ablehnende Haltung zur Senatsvorlage mit der Kritik des Pentagon. „Von den Leuten, die ihre Bajonette mit den ‚bad guys‘ kreuzen, so Duncan Hunter (R-Cal.), stimmt keiner mit der Collins-Vorlage überein.“

3. Verfassungsverbot gleichgeschlechtlicher Ehen scheitert im Repräsentantenhaus

Das Repräsentantenhaus hat am 30. September 2004 die Annahme eines Verfassungszusatzes abgelehnt, der die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Ehen durch die Einzelstaaten untersagt.

Der von der republikanischen Fraktion eingebrachte Verfassungszusatz verfehlte die notwendige Zweidrittel-Mehrheit deutlich. Für die Annahme stimmten nur 227 Abgeordnete, 186 sprachen sich dagegen aus.

Die Abstimmung hatte ohnehin einen primär symbolisch-politischen Charakter, da der Senat bereits im Juli einen gleich lautenden Antrag zur Verfassungsänderung zurückgewiesen hatte (vgl. CR 7-8/2004, S. 6).

Die größtenteils demokratischen Kritiker des Vorschlags hielten den Republikanern entsprechend vor, sie betrieben aus wahltaktischen Gründen eine Kampagne, welche die Bevölkerung spalte. Für einen Verfassungszusatz besteht nach Ansicht der Kritiker kein rechtlicher Bedarf, da die Einzelstaaten ohnehin nicht zur Anerkennung entsprechender Eheschließungs-Qualifikationen anderer Staaten gezwungen werden könnten. Zudem sei eine Festschreibung von Diskriminierungen in der Verfassung nicht erstrebenswert.

Die Befürworter des Verfassungszusatzes hielten dagegen daran fest, dass eine Absicherung der „traditionellen Form der Ehe“ angesichts der Entwicklung der Rechtsprechung unabdingbar sei.

Die Befürchtungen beziehen sich insbesondere auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofs von Massachusetts, der im November 2003 die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren angeordnet hat. Das Urteil hat eine heftige Debatte über die Stellung nicht-traditioneller Partnerschaften ausgelöst.

Aktuellen Meinungsumfragen zufolge lehnt eine große Mehrheit der US-Bevölkerung die rechtliche Sanktionierung gleichgeschlechtlicher Ehen ab. Gleichzeitig ist eine Mehrheit aber auch gegen eine Änderung der Bundesverfassung mit dem Ziel der Festschreibung gleichgeschlechtlicher Ehen.

Das Kalkül der Republikaner zielte offensichtlich darauf ab, durch die erneute Debatte und gleichgerichtete Initiativen auf der Ebene der Einzelstaaten religiös orientierte Wähler zu mobilisieren, die in der Regel mit überwältigender Mehrheit für republikanische Kandidaten stimmen.

Um die Wähler der politischen Mitte nicht zu verprellen, haben führende Vertreter der republikanischen Partei jedoch auch Signale gegeben, die auf mögliche Kompromisse in dem Streit um die rechtliche Stellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften hindeuten.

Vizepräsident Dick Cheney hat, mit Verweis auf Erfahrungen in seiner eigenen Familie, die vorgeschlagene Verfassungsänderung grundsätzlich abgelehnt und dafür plädiert, die Regelung den Einzelstaaten zu überlassen.

Präsident Bush, der den Verfassungszusatz unterstützt, hat bekräftigt, dass er eine Lösung favorisiert, die den Einzelstaaten die Option belässt, gleichgeschlechtliche Partnerschaften anzuerkennen, um auf diesem Weg schwule und lesbische Paare rechtlich abzusichern.

Eine solche Kompromisslösung wird auch von der Mehrheit der Demokraten unterstützt. Eine ernsthafte Debatte um einen tragfähigen Kompromiss kann jedoch frühestens nach den Novemberwahlen erwartet werden.

4. Haushalt 2005 für *Homeland Security* bewilligt

Das Repräsentantenhaus hat am 9. Oktober 2004 einstimmig den Bericht des Vermittlungsausschusses zum Bewilligungsgesetz 2005 für die innere Sicherheit (*Fiscal Year 2005 Homeland Security Appropriations*) verabschiedet. Der Senat stimmte der Vorlage des Vermittlungsausschusses zwei Tage später in nicht namentlicher Abstimmung ebenfalls zu.

Das Bewilligungsgesetz (*House Resolution 4567; House Report 108-774*) hat einen Gesamtumfang

- von 33,08 Mrd. USD, 896 Mio. mehr als von Präsident Bush ursprünglich vom Congress gefordert.

Insgesamt liegt die Mittelbewilligung 2,8 Mrd. USD über der Bewilligungssumme des Vorjahres, das rechnungstechnisch am 30. September 2004 endete.

Im Einzelnen sieht das von beiden Parteien im Congress mit Blick auf die Wahlen als politisch sehr bedeutsam erachtete Bewilligungsgesetz u.a. vor:

- 6,35 Mrd. USD für den Bereich Zoll und Grenzschutz;
- 3,37 Mrd. USD für den Bereich Einwanderungskontrolle;
- 5,15 Mrd. USD für die *Transportation Security Administration*;
- 3,07 Mrd. USD zur Unterstützung der Bundesstaaten im Bereich innere Sicherheit;
- 7,37 Mrd. USD für die Arbeit der Küstenwache;
- 715 Mio. USD für die Ausrüstung der Feuerwehr und Polizei;

- 340 Mio. USD für das Einreiseprogramm *U.S. Visit* und
- 1,17 Mrd. USD für die Arbeit des *Secret Service* sowie 893,7 Mio. USD für Programme zum Schutz der Infrastruktur gegen terroristische Angriffe.

Die Demokraten kritisierten vor allem die Mittelbewilligung für Feuerwehr und Polizei als zu niedrig. Im Vermittlungsausschuss versuchten sie erfolglos eine Mittelerhöhung durchzusetzen, was von den republikanischen Mehrheiten in beiden Kammern allerdings vehement abgelehnt wurde. „Mehr Geld auszugeben“, so Harold Rogers, der Vorsitzende des Bewilligungsunterausschusses für *Homeland Security* im Repräsentantenhaus, „nur um sagen zu können, dass wir mehr ausgegeben haben, macht uns nicht sicherer“.

5. Congress vertagt Erhöhung der Schuldengrenze

Der Congress hat die dringend erforderliche Erhöhung der Obergrenze für die Bundesverschuldung Mitte Oktober 2004 zunächst bis nach den Novemberwahlen vertagt.

Während das Repräsentantenhaus eine Anhebung der Verschuldungsgrenze um 690 Mrd. USD im Rahmen seiner Haushaltsresolution 2005 verabschiedet hat, verweigerte der Senat eine Abstimmung, die von vielen Republikanern kurz vor dem Wahltag als politisch zu belastend empfunden wurde.

Nachdem die Bundesverschuldung im Oktober 2004 die bisher geltende Obergrenze von 7,4 Billionen USD erreicht hat, warnte Finanzminister John W. Snow den Congress in einem Brief an *Senate Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) erneut davor, dass im November die Schuldengrenze erhöht werden muss, damit der Bund seinen Zahlungsverpflichtungen weiter nachkommen kann. Derzeit hält der Bund seine Zahlungen an eine der Pensionskassen für den öffentlichen Dienst zurück, um nicht zahlungsunfähig zu werden.

Die republikanischen Führungen von Senat und Repräsentantenhaus sagten dem Finanzminister zu, dass die überfällige Erhöhung der Schuldenobergrenze in einer Sondersitzung des Congress nach den Wahlen 2004 erfolgen wird.

Die wachsenden Defizite der zurückliegenden drei Haushaltsjahre (vgl. CR 9/2004, S. 9) hatten seit 2002 bereits eine sukzessive Erhöhung der Obergrenzen für die Verschuldung des Bundes um mehr als 1,4 Billionen USD erforderlich gemacht.

6. Haushaltsbewilligungsprozess 2005 noch nicht abgeschlossen

Der Congress hat seinen Haushaltsbewilligungsprozess vor den Novemberwahlen nicht mehr abschließen können, so dass er – möglicherweise im Rahmen einer Sammelbewilligung (Omnibus Budget Reconciliation) – Ende November/Anfang Dezember noch eine diesbezügliche Entscheidung herbeiführen muss.

Von den insgesamt dreizehn Einzel-Bewilligungsgesetzen für das Haushaltsjahr 2005, das offiziell am 1. Oktober 2005 begonnen hat, wurden bisher erst

- *Defense, District of Columbia, Homeland Security und Military Construction*

abgeschlossen.

Die neun anderen (*Agriculture/Commerce, Justice, State, and the Judiciary/Energy and Water Development/Foreign Operations/Interior/Labor, Health and Human Services, and Education/Legislative Branch/Transportation and Treasury/Veterans, Housing, NASA and EPA*) mit einem Haushaltsvolumen von etwa 900 Mrd. USD stehen noch aus. Ihre Arbeit wird gegenwärtig im Rahmen einer *Continuing Resolution (Public Law 108-309)* auf der Höhe des Vorjahres bis zum 20. November 2004 fortgeschrieben.

7. Ethik-Ausschuss rügt *Majority Leader Tom Delay* erneut

Das *House Committee on Standards of Official Conduct* hat das Verhalten des republikanischen Fraktionsführers Tom DeLay (Tx.) Anfang Oktober 2004 erneut gerügt und den als aussichtsreichen Kandidaten für die Nachfolge des gegenwärtigen *Speaker*, Dennis Hastert (R-Ill.), geltenden Abgeordneten zu größerer Zurückhaltung aufgefordert.

In einem Schreiben vom 6. Oktober 2004 verwarnten Joel Hefley (R-Col.), der Vorsitzende des Ethik-Ausschusses, und der führende Vertreter der Demokraten, Alan B. Mollohan (W.Va.), *Majority Leader DeLay* nachdrücklich.

Der Ausschuss, dem fünf republikanische und fünf demokratische Abgeordnete angehören, befand in seinem jüngsten Memorandum einstimmig, dass DeLay in zwei Fällen die Verhaltensrichtlinien des Repräsentantenhauses verletzt hat.

Zum einen wird DeLay vorgehalten, dass seine engen Kontakte zur Firma „Westar“ (Kansas) im Zusammenhang mit der Energie-Gesetzgebung, die eine Verbindung von Wahlkampfspenden und bevorzugtem Zugang zu Gesetzesberatungen nahe legt („appearance of special access“), nicht den geltenden Anforderungen an das Amtsgewahren von Mitgliedern des Congress entsprochen hat.

Des weiteren wird die Einschaltung der *Federal Aviation Administration* bei der Suche nach demokratischen Abgeordneten des Landesparlaments von Texas moniert („use of government resources for political purposes“), deren Anwesenheit für eine Abstimmung über eine die Republikaner bevorteilende Neueinteilung der Wahlkreise angeordnet worden war.

Der Vorwurf, DeLay habe sich im Umgang mit „Westar“ der Vorteilsnahme im Amt schuldig gemacht, wurde allerdings fallen gelassen. In Fragen der Praktiken eines von DeLay betriebenen Wahlkampfspendenkomitees, des *Texas Republican Majority PAC* (TRM PAC), verwies der Ausschuss auf die laufenden Ermittlungen der Justizbehörden.

Bereits Ende September 2004 hatte der Ethik-Ausschuss DeLay wegen seines Drucks auf einen Fraktionskollegen im Zuge der Abstimmung über die neue Medikamentenzusatzversicherung unter *Medicare* 2003 (die von Präsident Bush und den republikanischen Fraktionen im Congress favorisiert wurde) eine Rüge erteilt.

1999 war DeLay auf Grund seines massiven Drucks auf eine Lobby-Organisation, die er zur Einstellung republikanischer Mitarbeiter aufforderte, verwarnt worden.

Die demokratische Fraktionsführerin Nancy Pelosi (Cal.) forderte DeLay auf Grund seiner wiederholten Fehlritte zum Rücktritt von seinen Parteiämtern auf.

Die republikanische Fraktion im Repräsentantenhaus dagegen stellte sich öffentlich hinter DeLay, der sich als ebenso harter wie effektiver „Whip“ der Fraktion und als engagierter Einwerber von Wahlkampfspenden für seine Fraktionskollegen einen Namen gemacht hat.

Dennoch gilt DeLay nach der jüngsten Entscheidung des Ethik-Ausschusses politisch als angeschlagen. Seine zukünftige Karriere in der republikanischen Fraktionsführung hängt vor allem von dem Ausgang der Ermittlungen im Umfeld der TRM PAC-Vorwürfe und dem Abschneiden der Republikaner in den November-Wahlen ab.

8. Senator Levin legt Untersuchungsbericht zur Debatte um die Begründung des Irak-Krieges vor

Senator Carl Levin (Mich.), der führende Demokrat im *Senate Armed Services Committee*, hat am 21. Oktober 2004 einen 46 Seiten umfassenden Bericht zur behaupteten Verbindung zwischen Al Kaida und Saddam Hussein vorgelegt. Er trägt den Titel: „*Report of an Inquiry into the Alternative Analysis of the Issue of an Iraq-al Qaeda Relationship*“. Er war Ende Juni 2003 in Auftrag gegeben und vom Stab der Minderheitsfraktion im Streitkräfteausschuss durchgeführt worden.

Die Untersuchung konzentrierte sich auf die Einrichtung einer nachrichtendienstlichen Organisationseinheit im Büro von *Undersecretary of Defense for Policy* Douglas Feith und ging der Frage nach, inwieweit sie politisch als „alternative Quelle“ zur Analyse nachrichtendienstlicher Analysen genutzt wurde.

Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Verbindung zwischen Al Kaida und Saddam Hussein, die zur Begründung des Irak-Krieges von der Bush-Administration herangezogen wurde, von hochrangigen Mitgliedern des Verteidigungsministeriums überzeichnet wurde, obwohl die diesbezüglichen Einschätzungen der Nachrichtendienste eine solche Lagebeurteilung nicht hergaben.

Senator Levin unterstreicht in seinem Bericht wie schon die Kommission zur Untersuchung der Terrorangriffe des 11. September zuvor (vgl. CR 6/2004, S. 1), dass offensichtlich eine politische Beeinflussung der Objektivität der nachrichtendienstlichen Lagebeurteilungen bei der Einschätzung der Verbindung zwischen Al Kaida und Saddam Hussein vorgenommen wurde und mahnt eine bessere Kontrolle durch den Congress an. Der Bericht von Senator Levin kann im Netz abgerufen werden unter: <http://www.levin.senate.gov/newsroom/supporting/2004/102104inquiryreport.pdf>

9. Präsidentschaftswahlen 2004: Harter Schlagabtausch im Wahlkampf-Endspurt

Scharfe rhetorische Attacken und harte wechselseitige Vorwürfe der Kandidaten kennzeichnen die Schlussphase des Präsidentschaftswahlkampfes 2004, dessen Ausgang nach gängiger Einschätzung als offen gilt.

Den Tenor für den Wahlkampf-Endspurt gaben die bundesweit übertragenen Fernseh-Debatten zwischen Präsident George W. Bush (R) und seinem Herausforderer, Senator John F. Kerry (D-Mass.) sowie das TV-Rededuell zwischen Vizepräsident Dick Cheney und seinem Kontrahenten, Senator John Edwards (D-N.C.), vor (vgl. CR 9/2004, S. 9).

Obwohl sich Bush und Cheney ebenso wie Kerry und Edwards im persönlichen Auftreten verbindlich zeigten und die Debatten auf Sachfragen konzentriert blieben, dominierten die kritischen Vorhaltungen an die jeweils andere Seite. Die Vorstellung der eigenen Programmpunkte geriet dabei in den Debatten oftmals in den Hintergrund.

Präsident Bush hielt diszipliniert an seiner Strategie fest, seinen Gegenkandidaten als wankelmütigen Opportunisten zu charakterisieren, der nicht das erforderliche Rückgrat für ein bedingungsloses und beständiges Durchgreifen gegen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus aufweist.

Insbesondere Kerrys Forderungen nach einer verstärkten internationalen Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus und bei der Stabilisierung und Demokratisierung des Irak münzte Bush in ein Zeichen der Schwäche seines Herausforderers um. Unter sei-

ner Führung, so Bush, werde die Sicherheit der USA nicht von der Zustimmung anderer Länder abhängig gemacht werden.

Dem gegenüber setzte Kerry dem Präsidenten mit einer langen Liste von Versäumnissen, Fehleinschätzungen und Missgriffen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu, die vom Nichtergreifen Osama Bin Ladens bis zur Situation im Irak reichte.

Obwohl wirtschafts- und sozialpolitische Themen formal im Vordergrund des zweiten wie des dritten Rededuells zwischen den Präsidentschaftskandidaten standen, wurden sie weitgehend von den Auseinandersetzungen um Fragen der inneren und äußeren Sicherheit überschattet.

Nach Meinungsumfragen beeindruckte Kerrys gewandtes und sicheres Auftreten eine deutliche Mehrheit der Zuschauer und machte ihn zum „Gewinner“ der Debatten. Präsident Bush, der vor allem in der ersten Debatte häufig irritiert und ungeduldig wirkte, musste sich dagegen auch Kritik aus den eigenen Reihen gefallen lassen.

Kerry konnte die Gelegenheit insbesondere dazu nutzen, sein persönliches Image nachhaltig aufzubessern und Zweifel an seiner Kompetenz und Eignung für das Amt des Präsidenten zu zerstreuen.

Ungeachtet der zwischenzeitlichen Euphorie der demokratischen Parteianhänger, erwies sich Präsident Bush jedoch als hartnäckiger und erfolgreicher Verteidiger seiner Position, die auf seinem nach wie vor hohen Ansehen als geradliniger und führungsstarker Politiker aufbaut.

Die meisten Erhebungen zu den Wahlabsichten der Befragten zeigen weiterhin einen leichten Vorsprung für Bush. Allerdings bleiben die Differenzen in der Regel im Rahmen der Unsicherheitsmarge (95%-Vertrauensintervall) und der Anteil der noch unentschiedenen Wähler bleibt hoch genug, um das „Rennen“ offen zu halten.

Optimisten auf Seiten der Demokraten setzen darauf, dass die laufenden Umfragen unter „wahrscheinlichen Wählern“ (*likely voters*) die Erfolge ihrer Partei in der Registrierung und Mobilisierung junger Wähler z.B. in der hispanischen und schwarzen Bevölkerung unterschätzen.

Zuversichtliche Republikaner sind dagegen davon überzeugt, dass sicherheitspolitische Erwägungen am Wahltag den Ausschlag zu Gunsten von Bush geben werden, und verweisen auf relativ günstige Umfragewerte in den knapp ein Dutzend umkämpften Bundesstaaten wie Florida, Minnesota, New Hampshire und Ohio.

Allerdings bereiten sich beide Wahlkampfteams auch intensiv auf den Fall vor, dass eine Entscheidung wie bei den Präsidentschaftswahlen 2000 auf Grund knapper und umstrittener Ergebnisse in einzelnen Bundesstaaten auf dem Gerichtsweg erkämpft werden muss.

Während sich die Einzelstaaten, welche die Aufsicht über das Wahlverfahren führen, mit großem Aufwand vorbereitet haben, um ein Fiasko wie in Florida vor vier Jahren zu vermeiden, sind es häufig gerade die neuen, kaum getesteten Abstimmungsmaschinen wie Computer mit bildschirmgestützten Wahlzetteln (*touch screen voting machines*), auf die sich die Besorgnisse von Wahlbeobachtern konzentrieren.